



Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und Volksanwaltschaft

Dienstag, 4. November 2025, 9.30 Uhr

Lokal 4 | Bertha von Suttner

Tagesordnung

- 1.) Aussprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses gemäß § 34 Abs. 5 GOG mit der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten
- 2.) Antrag der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, MMag. Pia Maria Wieninger, Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Verurteilung systematischer Menschenrechtsverletzungen in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine und des unmenschlichen Umgangs mit Kriegsgefangenen (395/A(E))
- 3.) Antrag der Abgeordneten Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend systematische Folter ukrainischer Kriegsgefangener durch Russland (106/A(E))
- 4.) Antrag der Abgeordneten Elisabeth Heiß, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kinderschutzbaukett zur Stärkung des Schutzes Minderjähriger (349/A(E))
(Wiederaufnahme der am 1. Juli 2025 vertagten Verhandlungen)
- 5.) Antrag der Abgeordneten Elisabeth Heiß, Kolleginnen und Kollegen betreffend Keine flächendeckende Überwachung von Messenger-Diensten (146/A(E))
(Wiederaufnahme der am 2. April 2025 vertagten Verhandlungen)
- 6.) Antrag der Abgeordneten Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend das Recht auf Schwangerschaftsabbruch als Menschenrecht und dessen Verankerung in der EU-Grundrechtecharta (516/A(E))
- 7.) Antrag der Abgeordneten Mag. Agnes Sirkka Prammer, Kolleginnen und Kollegen betreffend den 4. Zyklus des Universal Periodic Review (UPR) Mechanismus Österreichs (521/A(E))

8.) Antrag der Abgeordneten Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend Österreichs Bemühungen für einen nachhaltigen Friedensprozess im israelisch-palästinensischen Konflikt (543/A(E))

Wien, 2025 11 03

Dr. Nikolaus Scherak, MA
Obmann

Aviso

Die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten wird dem Ausschuss ab 9.30 Uhr zur Verfügung stehen.

Es ist in Aussicht genommen, für die Aktuelle Aussprache einen Zeitrahmen von 1½ Stunden vorzusehen.

Weiters ist vorgesehen, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 unter einem zu verhandeln.

Außerdem ist beabsichtigt, diese Sitzung bis 12.30 Uhr zu beenden.

.....

Weitere Sitzungen des Ausschusses für Menschenrechte und Volksanwaltschaft sind für Mittwoch, den 14. Jänner 2026, um 10 Uhr (bis 13 Uhr), Dienstag, den 10. März 2026, um 13.30 Uhr (bis 16.30 Uhr), Dienstag, den 5. Mai 2026, um 13.30 Uhr (bis 16.30 Uhr) und Dienstag, den 23. Juni 2026, um 13.30 Uhr (bis 16.30 Uhr) vorgesehen.